

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Für eine starke Batterieforschung in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Batterietechnologie nimmt als Schlüsseltechnologie eine herausragende Rolle in der gesamten Breite des deutschen Wirtschafts- und Innovationsstandortes ein. Batterien sind in unserem Alltag omnipräsent. Sie halten u. a. Herzschrittmacher, Smartphones und Autos am Laufen und machen elektrisches Fliegen möglich. Werkzeuge und Gartengeräte („power tools“), industrielle Logistik, Medizintechnik, Robotik, Kommunikationstechnik und Unterhaltungselektronik wären ohne Batterien nicht zu denken. Auch bei der Zwischenspeicherung elektrischer Energie im Stromnetz können Batterietechnologien eine wichtige Rolle spielen, Netze absichern und den Ausbau erneuerbarer Energien unterstützen. In einigen dieser Branchen sind zum Teil oder vorwiegend kleine und mittelständische Unternehmen aktiv. Batterietechnologien betreffen auch den in Deutschland traditionell starken und international sichtbaren Maschinen- und Anlagenbau. Oft handelt es sich um kleine und mittelständische Unternehmen.

Deutschland hat in den vergangenen 16 Jahren viel dafür getan, nicht nur ein reiner Konsumentenmarkt, sondern vor allem auch durch eine beispiellose Aufholjagd im Bereich Forschung und Innovation zunehmend auch ein Entwickler- und Herstellerstandort im Bereich der Batterietechnologie zu werden. Die Batterieforschung wurde in den vergangenen 20 Jahren massiv ausgebaut oder wie es führende Wissenschaftler wie Prof. Martin Winter, Vorstand des Kompetenznetzwerkes Lithium-Ionen-Batterien e. V. (KLiB), formulierte: „Wir haben sozusagen in der Landesliga angefangen und können nun in der Champions League konkurrieren“ (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/bundeshaushalt-2024-neue-huerden-fuer-den-e-antrieb-1945542-8.html). Gemäß einer Erhebung des vom BMBF geförderten Fraunhofer-Institutes für System- und Innovationsforschung (Fh-ISI) hat sich die Anzahl deutscher Publikation in den vergangenen zehn Jahren verfünffacht und die Anzahl der globalen Publikationen vervierfacht. Deutschland belegt zum Beispiel im Bereich der Festkörperbatterien, Natrium-Schwefel-Batterien und Aluminium-Ionen-Batterien im globalen Publikationsranking aktuell Platz vier.

In den vergangenen Jahren haben sich u. a. wegen dieser starken Kompetenz im Bereich der Batterieforschung zahlreiche Unternehmen in Deutschland angesiedelt. Nach Informationen der Bundesregierung belaufen sich die bislang angekündigten Gesamtinvestitionen in das Batterie-Ökosystem der Europäischen Union nach Expertenschätzung auf über 100 Milliarden Euro, die in mehr als 150 Industrieprojekte entlang

der Batteriewertschöpfungskette fließen sollen (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Kürzungen in der Batterieforschung“ (Bundestagsdrucksache 20/10658). Nicht alle in Europa angekündigten Vorhaben erachtet die Bundesregierung als wirtschaftlich tragfähig. Die auf Deutschland entfallende Gesamtinvestitionssumme in den reiferen Vorhaben beziffert die Bundesregierung auf etwa 18,5 Milliarden Euro. Deutschland fördert mit Unterstützung der Europäischen Union massiv den Aufbau von Fertigungskapazitäten in Deutschland. So hat etwa der schwedische Batteriehersteller Northvolt im Januar 2024 die finale Investitionsentscheidung bekanntgegeben, eine Batteriefabrik für Elektroautos mit etwa 3.000 Arbeitsplätzen in der schleswig-holsteinischen Heide zu errichten (www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/northvolt-batteriefabrik-vertragsunterzeichnung-jobs-100.html).

Diese Erfolgsgeschichte wird durch das aktuell kurzsichtige Agieren der Bundesregierung erheblich konterkariert. Im Widerspruch zu dem gegebenen Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (S. 22), „dass Deutschland zu einem Zentrum für Forschung, Fertigung und Recycling von Batteriezellen werden“ soll, hat die Regierungskoalition einerseits den staatlichen Umweltbonus für E-Autos am 17. Dezember 2023 über Nacht auslaufen lassen (www.adac.de/rund-ums-fahrzeug/elektromobilitaet/kaufen/foerderung-elektroautos/) und andererseits im Januar 2024 die Förderung der Batterieforschung massiv zusammengeschnitten. Zuerst sollten die Mittel dem Willen von Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger nach vollständig gekürzt werden.

Diese Kürzungspläne der Regierungskoalition stießen auf öffentliche Kritik:

Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie e. V.:

„Es wäre daher ein folgenreicher Fehler, wenn die Fördergelder für die Batteriezellforschung gestrichen werden sollten. Damit verbunden wäre das Aus von aussichtsreichen Leuchtturmprojekten, die für die Zukunft deutscher Batteriezellfertigung – und damit auch für die deutsche Automobilindustrie – von zentraler Bedeutung sind.“ (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/bundshaushalt-2024-neue-huerden-fuer-den-e-antrieb-19455428.html)

Dr. Ulrich Ehmes, CEO von Theion: „Es ist für uns unverständlich, wie eine Regierung so unstrategisch und ignorant bei einer Zukunftstechnologie und einem für die Energiewende so wichtigen Thema vorgehen kann.“ (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/bundshaushalt-2024-neue-huerden-fuer-den-e-antrieb-19455428.html)

Prof. Martin Winter, Vorstand des KLiB: „Diese Kürzung ist wirklich eine Maßnahme, um die Batterieforschung in Deutschland zu beenden. Die Beschränkung der Mittel wird dazu führen, dass wir überall in Deutschland Stellen abbauen werden – auch in NRW und auch Münster.“ (https://rp-online.de/nrw/landespolitik/angst-um-die-deutsche-batterieforschung-konsequenzen-sind-fatal_aid-107013487)

Erst in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses, an der Bundesministerin Stark-Watzinger aufgrund einer sachlich wie politisch nicht nachvollziehbaren Davos-Reise fehlte, hat die Koalition einen kleinen Teil der Kürzungen zurückgenommen. Der Schaden für die Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Innovationsstandortes Deutschlands bleibt erheblich: Die Kürzungen umfassen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von über 100 Millionen Euro. Die Regierungskoalition trägt die Verantwortung dafür, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb um diese Schlüsseltechnologie empfindlich geschwächt wurde. In Japan, Südkorea, den USA und China haben sich die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Bereich der Batterieforschung in den letzten vier Jahren nahezu verdreifacht. Deutschland droht international zurückzufallen.

Die erheblichen von der Bundesregierung unterstützten Investitionen in den Aufbau von Fertigungskapazitäten drohen ins Leere zu laufen. Der aktuelle Kurs der Bundesregierung, viel Geld für Fabriken und deutlich weniger Geld für die Ausbildung von

Köpfen, ist hochriskant. Viele junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verfolgen sehr aufmerksam, an welchen Orten auf der Welt eine Technologie Zukunft hat. Die Wissenschaftseinrichtungen, die von der Projektförderung des Bundes in der Vergangenheit unmittelbar profitieren konnten, dienen Wirtschaft und Industrie als Fachkräftepool. Durch die Kürzungsentscheidung der Bundesforschungsministerin droht dieser Fachkräftepool sukzessive auszutrocknen. Der Austausch von Fachpersonal zwischen den Forschungseinrichtungen und den oft mittelständischen Firmen war bisher extrem fruchtbar für beide Seiten. Ohne Perspektiven wandern die Firmen und die Fachkräfte ab. Großforschungsinfrastrukturen, etwa die 500 Millionen Euro schwere Forschungsfertigung Batteriezelle, leben von einem gesunden Batterie-Ökosystem. Dieses Ökosystem krankt jedoch jetzt aufgrund der getroffenen Kürzungsentscheidung. Eine Forschungsfabrik kann nur dann auf Volllast laufen, wenn die Innovationsspipeline des Ökosystems kontinuierlich gefüllt wird. Die Kürzungen der Batterieforschung konterkarieren genau dies. Ferner verstärkt die Regierungskoalition Abhängigkeiten von asiatischen Herstellern und schwächt damit Bestrebungen nach mehr technologischer Souveränität (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/batterieforschung-deutschland-spart-millionen-andere-laender-investieren/100030959.html).

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,
 1. für Planungs- und Handlungssicherheit in der Forschungs- und Innovationspolitik zu sorgen. Im Austausch mit den Akteuren in Wissenschaft, Wirtschaft, insbesondere im Mittelstand, und Industrie gilt es Verabredungen zu treffen, die langfristige Planungssicherheit garantieren, so wie dies u. a. beim Pakt für Forschung und Innovation von der unionsgeführten Bundesregierung gehandhabt wurde;
 2. durch geeignete Gespräche und Verabredungen mit allen Akteuren den entstandenen nationalen wie internationalen Reputationsschaden für den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland zu beheben. Nur so kann Vertrauen zurückgewonnen und können stark umworbene Fachkräfte in unserem Land gehalten werden;
 3. im laufenden Haushaltsjahr keine weiteren Einsparungen zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe im Bereich der Batterietechnologie vorzusehen;
 4. investive Ausgaben in Schlüsseltechnologien, insbesondere im Bereich der Batterietechnologie, mit Blick auf den kommenden Bundeshaushalt 2025 strategisch auszubauen;
 5. die technologische Souveränität Deutschlands und Europas im Bereich der Batterietechnologie zu stärken und in diesem Sinne insbesondere im Bereich der innovativen Produktion und Entwicklung eine möglichst große Selbstständigkeit zu erreichen.

Berlin, den 23. April 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

